



LANDESARBEITSKREIS CHRISTLICH DEMOKRATISCHER JURISTEN  
Baden-Württemberg

**PRESSEMITTEILUNG**

**18.Dezember 2013**

**Keine Zentralisierung beim Verfassungsschutz – CDU-Juristen im Land lehnen die Übertragung von Kompetenzen auf den Bund ab.**

Als die Fraktionschefin der Grünen, Edith Sitzmann, im August erklärt hatte, beim Verfassungsschutz seien 30 bis 50 Prozent Stelleneinsparungen möglich, hatte sich Innenminister Gall noch im Rahmen seiner Möglichkeiten zur Wehr gesetzt. Damals hatte er zum Besten gegeben, *„aus zentralen Bereichen, wie der Terrorismusbekämpfung, könne man sich jedenfalls nicht ausklinken. Das sei undenkbar.“*

Nun zeichnet sich das noch vor kurzem Undenkbare sehr konkret ab: Im Dezember brachte Minister Gall überraschend eine Abgabe von Kompetenzen des Lan-

des Verfassungsschutzes an den Bund ins Gespräch. Er könne sich vorstellen, dass es Sinn mache, zum Beispiel die islamistische Terrorbekämpfung zentral bearbeiten zu lassen. Geeignet für die Überwachung des Islamismus sei beispielsweise das gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum.

„Offensichtlich hat Gall aus seinen Fehlern bei der Polizeireform nichts gelernt“, so der LACDJ-Vorsitzende Dr. Alexander Ganter. Beim Verfassungsschutz sei die Kenntnis der örtlichen Verhältnisse ebenso wichtig wie bei der Polizei. Wenn Grün-Rot aus finanziellen Gründen Strukturreformen für notwendig halte, sollte man bei den künstlich aufgeblähten Ministerien beginnen.

Mit großem Interesse sehe der LACDJ in diesem Zusammenhang der von der CDU-Landtagsfraktion heute eingebrachten Großen Anfrage „Überraschendes Umschwenken des Innenministers bei der Zentralisierung des Verfassungsschutzes“ entgegen. Dort werde neben dem offensichtlichen Sinneswandel des Innenministers insbesondere auch die Frage nach den Risiken für Baden-Württemberg bei einer Zentralisierung gestellt und mögliche Alternativen in den Blick genommen.

„Auf die Antwort der Landesregierung zu diesen für die innere Sicherheit im Land nicht unwesentlichen Fragen, sind wir sehr gespannt“, so Dr. Ganter abschließend.

*Der LACDJ unterstützt und berät die baden-württembergische CDU bei rechts- und justizpolitischen Themen und trägt so zur Meinungsbildung bei. Im LACDJ findet sich das breite Spektrum der juristischen Berufsgruppen im Land wieder.*